

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Simon Weiß (PIRATEN)

vom 17. Juni 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Juni 2013) und **Antwort**

Nachfrage zur Kleinen Anfrage 17/12028 – Prozesskostenhilfe am Landesverfassungsgericht

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Anträge auf Prozesskostenhilfe wurden in den Jahren 2007 bis 2012 am Verfassungsgerichtshof Berlin gestellt? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Jahr.)

2. Wie viele dieser Anträge wurden in den Jahren 2007 bis 2012 bewilligt bzw. abgelehnt? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Jahr.)

3. Wie viele dieser bewilligten bzw. abgelehnten Anträge in den Jahren 2007 bis 2012 wurden jeweils durch beauftragte Rechtsanwält*innen, wie viele durch die hilfesuchende Partei selbst gestellt? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Jahr und Antragssteller.)

4. Welche der möglichen Ablehnungsgründe lagen den Ablehnungen dieser Anträge in den Jahren 2007 bis 2012 jeweils zu Grunde? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Jahr und jeweiligem Ablehnungsgrund.)

5. Wie oft wurde in den Jahren 2007 bis 2012 am Verfassungsgerichtshof Berlin die Beiordnung von Rechtsanwält*innen beantragt und bewilligt bzw. abgelehnt? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Jahr und Ablehnung bzw. Bewilligung.)

6. Wie oft wurde Prozesskostenhilfe in den Jahren 2007 und 2012 am Verfassungsgerichtshof Berlin ratenfrei bzw. mit Raten bewilligt? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Jahr und der jeweiligen Art der Bewilligung.)

7. Wie oft wurden in den Jahren 2007 bis 2012 Rechtsmittel gegen die Ablehnung von Prozesskostenhilfe am Verfassungsgerichtshof Berlin eingelegt, und wie oft waren diese erfolgreich bzw. wurden abgelehnt? (Bitte Einzelaufschlüsselung nach Jahr.)

Zu 1. bis 7.: Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin ist gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof (VerfGHG) vom 8. November 1990 ein den übrigen Verfassungsorganen des Landes Berlin gegenüber selbständiger und unabhängiger Gerichtshof. Daher kann der Senat die Kleine Anfrage nicht beantworten.

Berlin, den 16. Juli 2013

In Vertretung

Sabine Toepfer-Kataw
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juli 2013)